

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 30. August 1907.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Redaktionschluss: Freitag vor dem Erscheinen.

Inhalt:

Berufs- und Programmfragen. — Ein „chriftlicher“ Kampf. — Gemeinnützige Schwimmanstalten. — Aus der Praxis. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau.

Berufs- und Programmfragen.

(Ein Schlusswort.)

Meine Berufs- und Programmfragen haben es der Schwester A. H. G. und der Genossin Ida Altmann angetan. Sie konnten denselben absolut keinen Geschmack abgewinnen. Interessant sind ihre ziemlich übereinstimmenden Meinungen betreffs der Diakonissin.

Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten ihrer Entgegnungen einzugehen. So muß ich mich schon mit den Hauptmomenten begnügen. Ida Altmann wehrt aber ganz besonders gegen die armen Diakonissinnen. Sie nimmt es mir übel, daß ich der Diakonissin einige Vorzüge einräume. Ich kann nicht einsehen, warum man nicht auch bei einem Gegner das Gute anerkennen soll. Weil es Gegner sind, soll da gleich alles schlecht sein? Ida Altmann verfällt gerade in den Fehler, den sie glaubt mir zurechen zu müssen. Durch ihre Gegenüberungen konnte ich mich nicht von dem Irrigen meiner Auffassungen überzeugen lassen. Die Diakonissin ist in bezug auf Pflege an männlichen Patienten für mich immer noch das kleinere Übel. Solange in den öffentlichen Heilanstalten noch weibliche Kräfte ihres Amtes walten, muß ich der Diakonissin diese Eigenheiten nachrühmen.

Bezüglich der Belästigungen der Kranken durch die Diakonissin mit Bibelvorlesungen, Gebeten oder, wie Schwester A. H. G. recht drähtlich meint, mit sonstigem Sotaspokus, stimme ich voll und ganz überein. Die Patienten sind eben nur zur Heilung ihrer körperlichen Gebrechen in einem Krankenbause. Wie weit sie noch eines geistigen Trostes oder Beistandes bedürfen, ist lediglich Sache eines jeden Einzelnen. Der Patient soll sich derartige Belästigungen höflich aber energisch verbitten.

Auch wird der Versuch gemacht, meine Auffassungen durch Vergleiche in der Privatpflege zu widerlegen. Durch eine Umfrage bei den Privatpflegern und Pflegerinnen wird man meine Auffassung bestätigt erhalten.

Wir müssen zunächst die Frage aufwerfen: Wer beherrscht denn das Feld der Privatpflege? Sind es die freien Pfleger und Pflegerinnen? Keineswegs! Sogenannte Schwesterheime. Man schlage doch nur einmal das Adressbuch nach oder man gehe durch die Straßen im Westen von Berlin, und man wird finden, daß dort „Schwesterheime“ wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Jeder einzelne, der auch nur etwas Erfahrung auf diesem Gebiete hat, weiß, wie diese entstehen und kennt die Karimen, nach denen sie arbeiten. Wir wollen sie hier nur kurz andeuten. Eine Schwester, die sich berufen fühlt, als Wohlthäter der Menschheit aufzutreten, errichtet, sobald sie nur irgend etwas Verbindung mit den Herren Ärzten hat, ein derartiges Heim. Als Schwestern werden Mädchen eingestellt, die kurze Zeit in einem Krankenbause oder in einer Klinik als Pflegerin, Wärterin, Stationsmädchen, Hausmädchen usw. tätig waren. Vorn erhalten sie 15-30 M. pro Monat und freie Station. Als Zeichen ihrer Würde müssen sie nach Angabe der „Oberin“ eine Schwesterntracht und Broche tragen, die sie selbstverständlich bezahlen müssen. Schon ist die

Schwester fertig! So ausgerüstet und ausgebildet, müssen sie Privatpflege übernehmen. Die Preise, die die Patienten an das „Heim“ zahlen müssen, sind oft ganz ansehnliche. Sie tragen ganz erheblich zum Wohlergehen der „Frau Oberin“ bei. So ist doch die Praxis in den meisten Fällen.

Bei dem Begriffe Diakonissin scheint auch wohl ein Mißverständnis vorzuliegen. Diakonissenheime, die nach obigem Muster arbeiten, haben u. E. gar kein Recht, sich als solche zu bezeichnen. Übernehmen sie Kranken- oder Wochenpflege gegen Entgelt, so sind sie ebenfalls nichts anderes als ein gewerbliches Unternehmen. Die sogenannten Diakonissinnen sind dann die Geplekten. Sie erhalten außer einem geringen Taschengeld nichts, und der sehr reichliche Ueberschuß fließt in die Tasche des Unternehmers oder der Unternehmerin; so z. B. auch an Kirchenvereinigungen.

Es ist mir auch gar nicht in den Sinn gekommen, die Schwester- oder weibliche Pflege als allgemein minderwertig hinzustellen. Meine Absicht war nur allein, auf die Auswüchse der weiblichen Pflege bei Männern hinzuweisen. Lediglich aus der Praxis heraus sollte dieses System beurteilt werden. Nicht aus Konkurrenzfurcht oder aus sonstigen unglücklichen Motiven heraus ist dies geschehen. Das habe ich auch ausdrücklich an verschiedenen Stellen meines Artikels betont.

Allerdings stehe ich auf dem Standpunkt, und unser Programm enthält auch diese Forderung, daß in den öffentlichen Krankenhäusern männliche Patienten nur durch Männer und weibliche nur durch Frauen gepflegt werden dürften. Die Vorfälle und Zustände, die in dieser Beziehung in die Öffentlichkeit kamen, lassen diese Maßregel nur zu begründlich erscheinen.

Wenn nun Ida Altmann meint, daß die zur Befräftigung meiner Ansichten zitierten Prosdüren minderwertig oder gar Sensationsmache gewesen sind, so ist gerade das Gegenteil der Fall. Sie sind ein Mahnwort an Eltern und Erzieher. Ein Abkneipen dieser Tatsachen ist nicht möglich, so unbequem sie auch für manden sein mögen. Dr. Rosen und der verstorbene Geheimrat Sanden haben es sich zur dankenswerten Aufgabe gemacht, diese Zustände, wie sie die freie Schwesterempfehlung zeitigt, der breiten Öffentlichkeit zu übergeben. Eine moderne Prostitution ist dadurch ans Tageslicht gekommen. Hier handelt es sich um gerichtlich festgestellte Auswüchse der sogenannten besseren Schwesternpflege.

Mit vollem Recht kann Kollege F. Sch. sagen, und seine Erfahrungen auf diesem Gebiete bestätigen auch meine Auffassung, daß noch viel, sehr viel sich unter der „ehrwürdigen Tracht“ und dem Namen „Schwester“ verbirgt. Der breiten Öffentlichkeit sollen und müssen derartige Auswüchse vor Augen geführt werden. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, lautet ein bekanntes Bibelwort. Und die Frucht, die die Einführung der allgemeinen weiblichen Pflege gezeitigt hat, wird bald reif sein, sofern auf diesem Gebiete so weiter gearbeitet wird. An alle Patienten und Pflegerinnen müssen wir die Warnung richten: Seht Euch die Schwestern an, ehe Ihr ihnen eure Lieben überantwortet! Professor Kumpf, früher ein ausgeprohener Schwesternfreund, ist durch die allzu liebenswürdige Behandlung von „arter“ Dand „liebvoller“ Denkart nur zu arg enttäuscht und davon kuriert worden.

Ich bin also voll und ganz mit der Schwester A. H. G. einverstanden, die diese Auswüchse durch eine vernünftige Organisation beseitigen will. Sie ist aber auch nur ein weißer Hahn unter den vielen, vielen schwarzen. Erst müssen auch die weiblichen Pflegerinnen ihren Anteil abgeben, damit sie organisationsfähig gemacht werden. Nicht Organisation im heutigen Sinne, der in diesen Kreisen herrscht, sondern Organisation in dem

Sinne, wie ihn 2 Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb Deutschlands aufgefäht wissen wollen. Auch die weiblichen Pflegerinnen müssen erst erkennen, daß auch sie nur Arbeiterinnen sind und den heutigen Standes- und sonstigen Altimbrunnen über Bord werfen. Nur eine moderne Organisation wird gerade auf diesem Gebiete segensreich wirken können. Erst dann wird es uns gelingen, diejenigen Elemente auszumergen, die zum Verfall der Krankenpflege nicht fähig sind. Seit Jahren führen wir schon diesen Kampf in den Heilanstalten. Wodurch wird er aber so sehr erschwert? Die miserablen Verhältnisse in den Kranken- und sonstigen Heilanstalten, unter denen das Personal und dadurch auch die Patienten zu leiden haben, ermöglichen uns nur eine schrittweise Eroberung des Terrains. Versuchen doch in den Anstalten geradezu vorintimistische Verhältnisse. Schon der Kost- und Logiszwang sowie die Beschränkung der persönlichen Freiheit hindern uns, mit den Angehörigen in Rührung zu treten. Nicht umsonst sind oftmals die hohen Mauern und Gitter da. Alle 8 oder 10 Tage „deutsche Freiheit“, in das Los der Krankenhausangestellten. Solange man aber nicht Verhältnisse schafft, die dem Personal eine Zukunft ermöglichen, hat man auch keinen Grund, dieses Personal in einseitiger Weise zu beurteilen.

Ganz charakteristisch ist der Anspruch eines Berliner Professors dem Genossen Antrif gegenüber, daß ihm die dümmsten Wächter die besten sind! Handeln aber unsere vielgepriesenen Krankenhausverwaltungen nicht nach denselben Maximen? Solange man sich nicht entschließen kann, mit diesem System zu brechen, hat man keine Ursache, über schlechtes Personal zu wettern. Anzeigegemäße Verhältnisse bedingen doch etwa keine Besserung. Man kann sich drehen und wenden, wie man will, aber ein Beweis, daß die weibliche Pflege die alleinseligmachende ist, ist nicht erbracht. Wir werden nach wie vor dafür einreten, daß erstens die gesamte Krankenpflege und die Verhältnisse in den Kranken- und sonstigen Heilanstalten einer vernünftigen Reorganisation unterzogen und zweitens das Verbot der weiblichen Pflege an Männern in den öffentlichen Krankenanstalten eingeführt wird. Erst dadurch wird es möglich sein, bessere Zustände zu schaffen.

P. Str.

Indem wir hiermit die Diskussion über unseren 1. Programmpunkt: „Verbot der weiblichen Pflege auf Männerstationen öffentlicher Anstalten durch Reichsgesetz“ schließen, möchten wir allen Kollegen und Kolleginnen anheimgeben, auch den übrigen 21 Punkten unseres in Mainz beschlossenen Programms gebührende Beachtung zu schenken. Die u. E. überaus ergiebige Diskussion hat zweifellos zur Klärung erheblich beigetragen. Wir sagen allen Mitarbeitern in dieser Sache unseren verbindlichen Dank.

Die „Durchführung bundesstaatlicher Vorschriften betreffend Regelung des Pflegewesens“ — unsere 2. Programmforderung ist gegenwärtig ganz besonders aktuell, da inzwischen diesbezügliche Vorschriften erlassen sind, über deren Inhalt und Umfang wir allerdings wohl nur einer Meinung sein kann. Wir werden demnächst auf diese Frage näher eingehen, und erüchten gleichzeitig alle Kollegen und Kolleginnen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und diesbezügliche Artikel oder Materialien an uns einzujenden.

Die Redaktion.

Ein „christlicher“ Kämpfe.

Man schreibt uns:

Der Vorhänge des christlichen Krankenpfleger-Verbandes und Redakteur des „Krankenpfleger“ hat sich in der Nr. 12 seines Blattes bemüht, seinem Namen Ehre zu machen. Aber nicht etwa, um als streitbarer Kämpfe für die brennende Frage der Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen in den Berliner Pflegeanstalten in die Arena zu treten. Nein! Dazu ist doch eine durch Nummerie und ähnliche schöne Dinge aufgepöppelte „christliche“ Organisation nicht da — das bloße Wort „Forderungen“ fällt den „Christlichen“ genau so auf die Nerven wie dem Berliner Stadtobervater selbst, mit welchem letzterem sie auch jene Eigenartigkeit gemein haben, die seinerzeit allen Witzblättern Stoff gab unter der Spitzmarke: „Ach kann warten!“ Auch sie warten geduldig — und sei es bis zum Sankt-Nimmerleinstag — bis ihnen von Magistratus ein paar Broden zugeworfen werden, oder düstern, wenn das her — ühmte „gute Herz“ zum hundertvielten Male versagt, in der ihnen eigenen „Harmonie“ selig weiter. Also im Lohnkampf wird sich besagter Herr nicht betätigen. Ein ander Kampffeld lockt diesen „Arbeiterorganisator“: der rahlos im Interesse der städtischen Arbeiter tätige Verband der „Christlichen“ Schäflein arg im Kasten üben; denn aus Mangel an tatsächlichen Gründen für die „christliche“ Gewerkschaftszersplitterung leitet sich der „Krankenpfleger“ folgenden Erquiß, der sicher unseren

Kollegen und Kolleginnen eine fröhliche Viertelstunde bereiten wird:

„Freiheit und Brüderlichkeit“ üben unsere Gegner nach echt sozialdemokratischer Art gegen ihre christlich-organisierten Arbeitsskollegen im Krankenbaue Friedrichshain.

Ein Teil des Personals dieses Krankenbaues ist seit acht Jahren dem sozialdemokratischen „Gemeindearbeiter“-Verband (mit Straßensegern, Gasarbeitern usw.) angeschlossen und agitiert in Versammlungen und auch von Mund zu Mund recht rego zum Eintritt. Zum größten Aerger der Herren Genossen sind nun aber mehrere Mitglieder unseres Verbandes bemüht, für uns zu werben und haben auch erfreulichen Erfolg. Die roten Arbeitsskollegen zeigen nun so recht ihre Brüderliebe, wie hier durch einige Beispiele bewiesen wird. Vor etwa 14 Tagen hielt der bekannte „Zehngebote“-Hoffmann den Mitgliedern des Gemeindearbeiter-Verbandes (siehe oben) in Mellers Saal in der Stopenstraße eine seiner bekannten Arafreden. In der Anstalt wurde zum Besuch dieser Versammlungen agitiert und man lud auch unsere Mitglieder ein, um sich von Hoffmann „aufklären“ (!) zu lassen. Ein besonders eifrig tätiges Mitglied unseres Verbandes wurde nun gefragt, ob er sich event. in der Diskussion zum Wort melden und gegen Hoffmann auftreten würde, was bejaht wurde. Dieses offenmütige Bekenntnis reizte nun die Brüderliebe der für Freiheit kämpfenden sozialdemokratischen Arbeitsskollegen derartig, daß man ihm sagte: „Was ist es, gegen Hoffmann etwas zu sagen, bekommt Du von uns sowohl Prügel, daß Du nicht mehr trauen kannst.“ Unser Mitglied ging wohl in die betreffende Versammlung, war aber anständig genuga, sich nicht an der Diskussion zu beteiligen und wurde nun anderentags von den Genossen auf alle mögliche Art beschimpft.

Einige Tage später ging nun ein roter Arbeitsskollege zur Auseinandersetzung und der junge Vaterlandsverteidiger führte sich bei den verhassten „Christlichen“ ein wie folgt: „Was, Du Jesusgreifer, Du Ruder, Du Arbeiter willst hier für Feinen Ruderverein agitierten und Mitglieder werben? Warte, Du verfluchter Jesusgreifer! Dir werden wir das noch beibringen! Wir werden bei unserem Hoffmann dafür sorgen, daß die ganzen Ruder rausgeschmissen werden, zuvor bekommt Du verdammter Jesusgreifer und alle anderen aus Erem Verband erst noch Eure Dreche! Seht Ihr Pfaffenbrüder, Ihr Ruder das nicht ein, daß unsere Stadtverordneten auch für Euch arbeiten?“ — „Ob nun die Herren Jubler stolz auf solche Anhänger, die ihre „Brüderliebe“ auf diese Art dokumentieren, sein können, kann wohl jeder halbwegs Hardtende Mensch bezeugen. Die Friedrichshainer Arbeitsskollegen müssen eine Delegation extra haben, gefüllt voll „Brüderliebe“, welche auf die hier geschilderte Art sich über alle nicht sozialdemokratisch organisierten ergreift.“

Wer mag über diese Epistel nicht herzlich lachen, die dem zimperlichen Gemüte einer höheren Tochter alle Ehre machen würde, und man könnte es bei dieser gemütherleidenden Wirkung bewenden lassen. Einige Charakteristiken in dem Elaborat seien aber doch ins rechte Licht gerückt.

Vorausgesetzt sei, daß die dem „sozialdemokratischen“ Gemeindearbeiter Verband aufgehängten Schimpfereien selbstverständlich — wenn sie wahr wären — entscheidend beurteilt werden müßten. Solcher Mittel bedarf die moderne Gewerkschaftsbewegung nicht; ihre Grundsätze und Erfolge machen unweigerlich jeden Einsichtigen und Alarbildenden zum feinen Mitsämpfer. Unsere Feststellungen zur Sache selbst haben aber ergeben, daß seitens des aus unserem Verbands in Frage kommenden „jungen Vaterlandsverteidigers“ das „besonders eifrig tätige Mitglied“ der „Christlichen“ keineswegs beschimpft worden ist. Der „eifrig“ „Christliche“ hat, von unserem „Vaterlandsverteidiger“ zur Rede gestellt, diesem selbst versichert, daß letzterer nicht der Schimpf-künstler sei. Daraus folgt, daß erst der übereifrige Redakteur des „Krankenpfleger“, auf den der „sozialdemokratische“ Verband wirkt wie der rote Lappen auf den Stier, daraus einen Anwurf auf unsere Organisation zusammenredigiert hat. Aber Lügen haben kurze Beine, und gar ein christlicher „Streiter“ sollte sich ihrer selbst bei ärgstem Mangel an Stoff für sein Blättchen nicht bedienen. Das zeigt nur, wie arg der Schwund an inhaltlichen Argumenten gegen die moderne Arbeiterbewegung in den christlichen Köpfen atrofiert. Auch die „Standeschre“ der christlichen Herren Krankenpfleger wird durch solche — nun, sagen wir — Urteilsunfähigkeit ins rechte Licht gerückt — eine Standeschre (lies Standesdünkel), welche den im Gemeindearbeiter Verband organisierten Kollegen im oben abgedruckten Geistesprodukt spöttisch in Parentese nachsagt, daß sie „man denke!“ mit „Straßensegern, Gasarbeitern usw.“ zusammengeschlossen seien. Doch darüber ist mit Leuten nicht zu rechten, denen das Verhältnis für die aus unseren kapitalistischen Verhältnissen geborene Solidarität der gesamten Arbeiterchaft vollständig abgeht. Nur sollte man dann nicht den guten alten Leßing skändeln, indem seine den ganzen Standesblödsinn brandmarkenden Worte: „Alle Arten, sein Brot zu verdienen, sind einem ehrlichen Manne gleich anständig, Holz spalten oder am Ruder des Staates sitzen“ an die Spitze des

„Arankenpfleger“ gestellt werden, der, wie oben dargelegt, in praxi denselben Leistung verleiht.

Die Geschmackslosigkeit gegen den Stadtverordneten Genossen Hoffmann seien dem „Arankenpfleger“ gelehrt. Wer so von einem für die kulturelle Hebung der unteren Volksklassen unausgeleitet tätigen und verdienten Manne zu sprechen vermag, der kennzeichnet sich selbst. Im übrigen: Was kümmert es dem Mond, wenn ihn ein Klops anbellt.

Das Ganze sind so einige Proben von der Kampfweise eines gewaltigen Mäpfer vor dem Herrn, der da meint, von der Pruderie der dem Verbands angehörenden Kollegenchaft in Gänze fassen reden zu dürfen. Der journalistische „Streiter“ der Christlichen scheint gar nicht zu merken, wie Geistesprodukte von der Art des oben niedriger gebängten einen abzurufenen Plid in seine eigene „Herzammer“ gewähren und zeigen, wach ein Ranko an „Pruderie“ und Wahrhaftigkeit in derselben vorhanden ist. Zu bedauern sind nur die Mollegen und Molleginnen, welche sich von den demagogischen Mapriolen dieser Christlichen Leuten einfangen lassen. Nun, auch hier wird Wandel werden. Tut jeder Verbandskollege seine Pflicht, so wird auch den nach abiens Lebenden die Pansenweiser dämmern, daß der Christliche, Dirch-Dunderische oder sonst wie geartete Magen genau so rebelliert, wie der sozialdemokratische, wenn er gar zu stiermütterlich behandelt wird. Sie werden dann auch bald weiter erkennen, daß eine allumfassende einmütige Aktion aller Ausgebeuteten auf der Basis der modernen Arbeiterbewegung das einzige Mittel ist, um die Erntezbedingungen der Arbeiter und mit ihnen der Pilegenhalsangeestellten zu bessern und sie alle teilhaben zu lassen an den Errungenschaften der modernen Kultur.

Wir können uns dem nur anschließen. Bemerk sei noch, daß wir bisher nach Möglichkeit vermieden haben, auf die „Christliche Arankenpflegerbewegung“ ausführlich einzugehen, weil es nämlich trotz allem Tamtam nach außen mit dieser „Bewegung“ nicht weit her ist und wir nicht Lust haben, unseren kostbaren Raum für diese Leuten zu verzetteln. Immerhin mögen sich Herr Streiter und seine „Gewährsmänner“ diese Ausführungen hinter die Ehren schreiben!
D. A.

Gemeinnützige Schwimmanstalten.

Der Wert des Schwimmens, nicht nur für die Reinhaltung der Haut, sondern vor allem auch für die Kräftigung des ganzen Organismus, dessen Muskeln und Organe von ihm in geradezu idealer Weise gleichmäßig angepannt und geübt werden, ferner auch als eines vorzüglichsten Abkühlungsmittels, wird heute immer mehr anerkannt. Daher macht sich auch in allen größeren und mittleren Städten das Bestreben geltend, das Schwimmen auch den minderbemittelten Volkschichten durch Errichtung von Volksbädern, und zwar da, wo das Baden in natürlichem Gewässer nicht möglich oder diese Gelegenheit nicht ausreichend ist, auch durch Erbauung von geschlossenen Badehallen zugänglich zu machen.

Das statistische Amt der Stadt Aachen hat anlässlich des Projektes der Stadt, eine neue große Schwimmhalle zu errichten, einige interessante Zusammenstellungen über die Größe, den Besuch und die Rentabilität einer Reihe von gemeinnützigen Schwimmanstalten, speziell in rheinländischen Städten vorgenommen, denen wir folgendes entnehmen:

Jährliche Anzahl der Schwimmbäder

	in geschlossenen Bädern	in offenen Schw. Anlagen	zusammen	auf 100 Einwo. kommen Schw. Bäd.
Aachen	65 000	20 000	85 000	56,0
Düsseldorf	319 817	141 168	460 985	182,0
Köln	391 378	126 107	520 485	121,1
Eberfeld	329 859	?	329 859	202,6
Parmen	352 306	?	352 306	225,7
Mercid	206 110	—	206 110	187,1
Dortmund	261 119	?	261 119	148,7
W. Gladbach	126 490	?	126 490	208,1
Bonn	169 537	71 320	183 767	221,1
Zusammen	2 161 916	361 505	2 521 421	159,1

Am günstigsten sieht demnach Parmen da, das 225,7 Schwimmbäder auf 100 Einwohner erreicht, wobei die etwa vorhandenen Kluff- oder Teichbadeanstalten noch gar nicht berücksichtigt sind. Aachen nimmt mit nur 56 Bädern bei weitem die letzte Stelle ein; ohne dasselbe würde der Durchschnitt nicht 159,1, sondern 170,8 sein. Auch wenn man annimmt, daß etwa nur 1/2 der Bevölkerung in einem Alter ist, wo man Schwimmbäder nehmen kann, so ist die Zahl von durchschnittlich etwa 5 Schwimmbädern dann pro Person jährlich doch noch recht klein. Auch der geringe Preis von 10 Pf., wie er in den sogenannten Volksbadehallen üblich ist, ist eben für manden, besonders wenn es sich um größere Familien handelt, noch zu hoch. Derartige Volksbadehallen existieren in allen genannten Städten mit Ausnahme von Aachen und W. Gladbach. In den anderen gemeinnützigen Badeanstalten beträgt der Preis

für das Einzelbad zwischen 25 und 50 Pf., meist 40 Pf. Daß in diesen Anstalten von vornherein eine größere Beteiligung der ärmeren Volksteile ausgeschlossen ist, liegt auf der Hand.

Am allgemeinen sind die Betriebsergebnisse der gemeinnützigen, vielfach aus Stiftungen hervorgegangenen Badeanstalten nicht schlecht. Sie wirtschaften zum größten Teil noch mit einem kleinen Ueberschuß, der eine wenn auch nur mäßige Verzinsung des aufgewandten Kapitals darstellt. Dieser Ueberschuß betrug z. B. in Aachen 3,76 Proz. des Anlagekapitals, in Eberfeld 1,17, in Köln 5,10, in Parmen 4,28 Proz. In Düsseldorf arbeitet die eine Anstalt mit einem Gewinn, die andere mit Verlust, dessen Endergebnis ein Minus von 7079 Mk. = 0,65 Proz. ist; in Dortmund ist unter ähnlichen Verhältnissen das Resultat ein Plus von 4330 Mk. = 0,51 Proz. In einer Reihe anderer Städte verlangen die gemeinnützigen Schwimmanstalten allerdings Zuschüsse bis zu 50 000 Mk. (Berlin). Selbstverständlich darf die Frage der Rentabilität nicht diejenige sein, unter deren Gesichtspunkt die ganze Angelegenheit betrachtet wird. Es ist Pflicht der Stadtverwaltungen, in ihrem eigenen Interesse die Errichtung von Volksbadehallen und die mögliche Herabsetzung der Preise anzustreben, auch wenn sich dadurch Zuschüsse aus dem Stadtsäckel notwendig machen sollten. Sie werden in wenigen Fällen so gut angewandt sein wie hier.

Aus der Praxis.

Gebirne Diphtheritis. Seit der erfolgreichen Anwendung des Diphtherieheilbluts ist die Furcht vor dieser Krankheit wesentlich zurückgegangen. Aber trotz der erzielten Fortschritte bleibt noch manches zu tun, ehe die menschliche Wissenschaft sich als Siegerin gegen die Diphtherie wird fühlen können. Ist auch das Serum durchaus nicht als ein unfehlbares Mittel zu betrachten, so liegt die Haupt Schwierigkeit, in der sich die Ärzte gegenüber dieser anstehenden Krankheit befinden, in ihrem häufig schwer erkennbaren Auftreten. Es geschieht nicht selten, daß die Diphtherie ihrem Wesen nach erst dann erkannt wird, wenn ernste Folgen bereits unvermeidlich geworden sind. Man kann vorläufig aus solchen unglücklichen Fällen niemand einen Vorwurf machen, da in der Tat die gewöhnlichen Erkennungsmittel in der ersten Zeit der Erkrankung durchaus versagen und ihre Festhaltung zu einer Unmöglichkeit machen. Auf diese „geheimen Diphtheritis“ hat Dr. Solis-Cohen im Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung die Aufmerksamkeit gerichtet. Er erinnert dabei an die Tatsache, daß es noch gar nicht sicher festgestellt, ob die diphtherieähnlichen Bazillen sämtlich zu einer Miasie gehören oder nicht. Es sei auch gar nicht möglich, jede Erkrankung, die etwa Diphtherie sein könnte, sofort als solche zur Anzeige zu bringen, weil dann bei der Häufigkeit von Halskrankheiten im jugendlichen Alter die Schulen geradezu entvölkert werden würden, wenn jeder einzelne alsbald isoliert würde. Um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhüten, werde man sich hauptsächlich daran halten müssen, daß ihre Uebertragung wenigstens nur in unmittelbarer Weise und nicht so hinterhältig und unberechenbar erfolge wie beispielsweise die des Scharlachs. Ebe die Bakteriologie der Diphtherie nicht völlig aufgeklärt sei, sei die Maßnahme zu befürworten, daß alle der Krankheit ausgesetzten Personen oder die, in deren Hals bereits Bazillen nachgewiesen worden sind, isoliert und mit einer Schutzimpfung behandelt würden, auch wenn sie keine Anzeichen von einer Erkrankung böten.

Von der Entdeckung eines neuen Heilserums gegen Typhus verläutet: Das Serum wurde von den Ärzten Dottor A. Weber und Bergel hergestellt und hat jüngst den Gegenstand einer klinischen Vorlesung des Professors v. Lenden gebildet. Für Frankreich hat bereits Professor Chantemesse ein Typhusheilverum erfunden, das jedoch außerhalb Frankreichs nicht in Verwendung kommt. Die Doktoren Bergel und A. Weber haben nun, analog dem Verfahren bei der Gewinnung des Diphtherieheilverums, schon seit zwei Jahren auch mit dem Typhusgift die Kranken bei Pferden erregt und einen gegen Typhus wirksamen Immunisierungstoff aus dem kranken Blut der Pferde gewonnen. Diese Experimente, die zunächst auf den Mäulen in Wien und Prag nachgeprüft und wirksam befunden wurden, haben dann auch in der Anwendung auf Menschen die besten Erfolge gehabt, die sich in der Abkürzung des Fiebers, der Hebung des Pulses, der Verminderung der Diarrhöe und der Tertianen äußerten, so daß man behaupten kann, daß man auf dem besten Wege ist, ein wirksames Heilverum gegen Typhus herstellen zu können.

Luftbäder für Kinder. Seitdem von Professor Schloßmann in Düsseldorf in der Säuglingsheilstätte zu Dresden bei einer Anzahl lebensschwacher Säuglinge Luftbäder zum ersten Male mit gutem Erfolge angewendet wurden, ist die Aufmerksamkeit der Aerzte auf die Vorteile der Luftbehandlung im Kindesalter gelenkt worden. Den Säuglingen bekommt der Genuß der frischen Luft für ihr Gedeihen besonders gut. Dr. Marcuse

sieht darin eine vorzügliche Methode, um die Minder von Geburt an abzubärten, indem man sie schematisch an den Gemüß der frischen Luft gewöhnt. Man läßt die Minder zunächst unbedeckt liegen; wenn sie laufen können, sollen sie zuerst barfuß im Zimmer, dann im Freien gehen, bis sie allmählich zum Luftbad vorwärtschreiten können. Für ältere schwächliche Minder sind die Sonnenbäder am Plage. Man hat sie bewährt gefunden bei allgemeiner Schwäche, bei Skrophulose, bei Engländer Krankheit und bei Blutarmut. Nach übereinstimmenden Beobachtungen aller Ärzte, welche sie in Anwendung zogen, ist durch sie sowohl der Allgemeinzustand wie ein jeweils vorliegender Krankheitsprozeß in günstiger Weise beeinflusst worden.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Krankenversicherung der Krankenkassen. Die belagte Krankenkasse befreit ihre Verpflichtung zur Zahlung der Pflegekosten für den Krankenkassen V. Letzterer ist nach ihrer Ansicht nicht in einem stehenden Gewerbebetriebe beschäftigt gewesen, weil die Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde den Betrieb der Herberge zur Heimat selbst in Händen und keinerlei Gewinne aus dem Unternehmen erziele. Krankenversicherungspflicht habe somit überhaupt nicht vorzulegen. Der Herbergsvater A., der zwar Inhaber der Gastwirtschaftskonzession sei, komme als Arbeitgeber des V. nicht in Frage, weil er selbst Angestellter der Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde sei. Das Oberverwaltungsgericht hat zu diesem Falle u. a. wie folgt entschieden unter Zurückweisung der Sache an die Vorinstanz: Die Herberge zur Heimat kann ein stehender Gewerbebetrieb sowohl dann sein, wenn die Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde sie betreibt, als auch dann, wenn sie von A. betrieben wird. Im ersteren Falle schließt der Umstand, daß die Gesellschaft lediglich humanitäre Zwecke verfolgt, die Annahme eines Gewerbebetriebes dann nicht aus, wenn bei dem Betriebe der Herberge ein Gewinn erzielt wird, selbst wenn er von der Gesellschaft lediglich im Interesse der Arbeiter oder sonst zu humanitären Zwecken verwendet wird. A. würde in diesem Falle, auch wenn er im Dienste der Gesellschaft und nicht des A. gestanden hätte, demnach krankensicherungsspflichtig gewesen sein. Und dasselbe würde gelten, wenn zwar A. und nicht die Gesellschaft sein Arbeitgeber gewesen wäre, sofern A. nicht lediglich Angestellter der Herberge zur Heimat auf ihre Kosten betreibenden Gesellschaft ist. Liegen aber diese Voraussetzungen nicht vor, so ist die Klage gegen die Krankenkasse unbegründet.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Das Birchow-Krankenhaus ist im Herbst des vorigen Jahres in Benutzung genommen worden, aber noch heute scheint dort nicht alles so zu „klappen“, wie man es von einer gut eingerichteten und umsichtig geleiteten Anstalt erwarten und fordern muß. In letzter Zeit sind, so schreibt der „Vorw.“, mehrfach Klagen darüber laut geworden, daß in diesem Krankenhaus Patienten unter Umständen mancherlei Art zu leiden haben. Man kann vielleicht absehen von den Beschwerden, die sich gegen die Ärzte oder gegen das Wartepersonal richten. Maudes Versehen und auch mancher Hebergriff, die da vorkommen, mögen daraus zu erklären sein, daß die Anstalt eben noch jung ist. Doch läßt es sich allerdings durch nichts entschuldigen, wenn z. B. ein Wärter Beschwerden der Patienten abnimmt mit der großen Antwort: „Halten Sie Ihre Schnauze!“ oder wenn ein Arzt (Dr. Bach von Station 12) Kranke als Beliebiges für seine idalen Späße benutzt. Wundern müssen wir uns, daß von verschiedenen Seiten auch die Klage über das Birchow-Krankenhaus an uns gelangt, sogar die Meinlichkeit läßt dort zu wünschen übrig. Ein Patient, der an einem Lungenfataleth litt, berichtet uns, er habe vom 30. Juli bis zum 10. August auf Station 12 gelegen, aber das Demd habe er in dieser ganzen Zeit nicht wechseln können, weil ihm kein frisches gegeben wurde. Sie oft mögen denn im Birchow-Krankenhaus die Demden gewechselt werden? Derselbe Patient berichtet, daß in dem kleinen Zimmer, in dem er zusammen mit noch einem Kranken lag, von einem Donnerstag bis zum andern Mittwoch der Fußboden weder gefegt noch gewischt worden sei. Als er sich schließlich darüber beschwerte, habe die Schwester sich gegenüber dem Arzt mit der Antwort verteidigt, sie habe keine Escuvritan. Ein Patient, der sich in seinem Verlaufe eine Hautkrankheit zugezogen hatte und auf Station 25 lag, mußte ein Demd anziehen, das auf dem Leib anderer Patienten annehmend unter der Einwirkung einer Lacksilberalbe eine schwarze Härzung angenommen hatte. Das Demd war zwar vor dem gewaschen, aber die unverwundbaren Spuren, die es trug, saßen nicht gerade appetitlich aus. Heberdies brachten sie den Patienten in dem ihm peinlichen Verdacht, daß er selber eine Lacksilberalbe durchwachsen müsse. Soll

man annehmen, daß im Birchow-Krankenhaus Mangel an Demden herrscht? Möglich wäre; denn auch sonst scheint es dort mit der rechtzeitigen Erneuerung des Hausbedarfs zu hapern. Auf Station 25 gab es einmal Stullen, denen zwar nicht der Belag, aber die Butter fehlte. Der Wärter behauptet, vom Lieferanten sei noch keine Butter wieder geliefert worden, Butter sei erst am Abend zu erwarten. Das müssen ja ganz eigenartige Zustände sein! Vielleicht äußern sich unsere Kollegen einmal über diese Klagen.

Rundschau.

Ueber unlautere Vorkommnisse in einer Berliner Naturheilanstalt in der Friedrichstraße wußten dieser Tage einige Blätter zu berichten. Und zwar handelt es sich um den Direktor Bruchhoff, der beschuldigt wird, an einem jungen Mädchen, das sich ihm als Heilkünstler anvertraute, ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Bruchhoff, von dem man erst meldete, daß er sich in seinem Sanatorium zu Burg im Spreewald befände, soll neueren Meldungen zufolge wegen der oben angeführten Anschuldigung im Untersuchungsgefängnis sitzen. Die gegen V. eingeleitete gerichtliche Untersuchung dürfte ergeben, ob die Anschuldigungen auf Wahrheit beruhen.

Mein Platz! Seit einiger Zeit läßt die Berliner Krankenhausesdeputation sich häßliche Berichte über die Abweisungen vorlegen. Diese Statistiken geben nicht nur die Zahl der Abweisungen an, sondern vor allem auch die Gründe, aus denen die Abweisung erfolgte. Seit Einführung dieses Brauchs, die der Annahme eines sozialdemokratischen Mitgliedes der Krankenhausesdeputation zu danken ist, weiß man genau, wie verblüffend oft die Krankenhausesleitungen die Krankenhausesbehandlung als „nicht erforderlich“ oder mindestens die Aufnahme als „nicht dringend“ zu bezeichnen lieben. Und auch das geht aus den Statistiken unabweislich hervor, daß daneben immer noch zahlreiche Abweisungen bleiben, bei denen selbst die Krankenhausesleitungen erklären müssen, hier sei für die Aufnahmestunden einfach „kein Platz“ gewesen. Eine Abweisungssituation, die die Monate Januar bis März 1907 behandelt, ist kürzlich den Mitgliedern der Krankenhausesdeputation vorgegangen. Daran ist zu ersehen, daß in den drei Monaten in allen Krankenhäusern der Stadtgemeinde 2062 Abweisungen erfolgten. Als Grund der Abweisung ist angegeben: 179 mal „Krankenhausesbehandlung nicht erforderlich“, 171 mal „ungeeignet wegen der Krankheitsform“, 169 mal „kein Platz“. Daß 169 mal „kein Platz da war“, das wird vielleicht manchem als nicht so sehr schlimm erscheinen. Wir bitten aber, denken die voraus große Zahl der Fälle zu beachten, in denen die Aufnahme „nicht dringend“ gewesen sein soll. 1500 mal wird das als Grund angegeben! Hier darf nicht vergessen werden, daß überdies fast jedem dieser 1500 Abgewiesenen von einem ihm schon behandelnden Arzt bescheinigt worden war, die Aufnahme sei dringend notwendig. Nur der behandelnde Arzt kann über die Frage der Dringlichkeit urteilen, weil nur er die Wohnungs- und Pflegeverhältnisse seines Patienten kennt. Aber die Krankenhausesärzte, die sich hierüber schwerlich ein zutreffendes Urteil bilden können, haben dennoch 1500 mal deklariert: „Aufnahme nicht dringend“. Angesichts der außerordentlichen Höhe dieser Zahl darf man überzeugt sein, daß in die Rubrik „nicht dringend“ alles hineingeworfen worden ist, was sich nur irgend hineinstopfen ließ. Da werden dann die 169, bei denen die Angabe „kein Platz“ gemacht wurde, wahrscheinlich schon zu den Schwerkranken gehört haben.

In Berliner städtischer Pflege. 22730 Personen befanden sich am 1. Juli d. J. in städtischer Pflege und Cobut, eine Zahl, in der die Cobachlösen nicht einmal mit eingerechnet sind. In den Irrenanstalten zu Fallhöf, Herberge, Buch und Wuhlgarten befinden sich 5096 Insassen, in Privatpflege waren 2900 Personen untergebracht. Die städtischen Krankenhauses beherbergten Anfang Juli 3479 Patienten, hierzu kamen 100 weibliche Kranke in der Geschlechtskrankeanstalt des Cobachs. In den 6 städtischen Heimstätten betrug der Bestand 569 Lungenkranke Personen. Die Siechenhäuser hatten 2064 Insassen und die Hospitäler des Arbeitshauses 668 Insassen. In der städtischen Waisenspflege befanden sich 683 Kinder, in den Erziehungsanstalten zu Pichtholz und Klein-Perren 230 Fürsorge- und Zwangs-erziehungs-linge, und in Privatpflege waren 1283 Kinder untergebracht. Rechnet man die im Arbeitshaus zu Nummelsburg untergebrachten 1479 Personen und die Cobachlösen (täglich etwa 1500) hinzu, dann ergeben sich recht stattliche Zahlen, besonders, wenn man erwägt, daß außerdem noch 50000 Arme, unter ihnen 11000 Kinder, zu unterhalten waren.